nationalen Parteien bieten. Man könnte höchstens darauf hinweisen, daß Studenten deutscher Reichsangehörigkeit formell ebensowenig verboten werden könne, sozialdemokratische Hetzerdienste zu leisten, wie dies bei den nationalen Studenten der Fall ist, die dem nationalen Kandidaten helfen. Der Ausländer hat sich überhaupt nicht in unsere Wahlkämpfe zu mischen. Er genießt bei uns Gastrecht, Fremdenrecht. Und so wenig wie man es in Frankreich ruhig hinnehmen würde, wollten deutsche Studenten dort bei den Wahlen politische Bestrebungen unterstützen, die der Republik feindlich sind — so wenig ist es erträglich, daß revolutionäre Umtriebe in Deutschland durch ausländische Studenten eine agitatorisch wirksame Unterstützung finden. Ihr Verhalten erregt mit Recht das Mißfallen der deutschen Studenten, es wirkt als das Verhalten von lästigen Ausländern. Die deutsche Wissenschaft soll dem studierenden Ausländer keineswegs verschlossen werden, die Voraussetzung dafür aber ist, daß die studierenden Ausländer ihre revolutionären Ideen, die sie etwa aus ihrer Heimat mitbringen, nicht praktisch dazu verwerten, eine dem Staat feindliche Partei, wie es die Sozialdemokratie ist, zu unterstützen.

s. **Dresden vor der Entscheidungsschlacht.** Die Sozialdemokraten in Dresden-Altstadt werden heute ihre Gegner nicht schlafend und nicht uneinig finden, sondern auf seiten der nationalen Parteien, die diesmal von der äußersten Rechten bis zur entschieden freisinnigen Linken geschlossen für Dr. Heinze eintreten, ist alles zum Entscheidungskampf bereit bis zum letzten Gamaschenknopf. Wenn nun auch der Sieg für den nationalliberalen Kandidaten nicht gerade spielend leicht errungen werden wird, so müßten sich doch höchst sonderbare unvorhergesehene Dinge ereignen, wenn die rote Fahne diesmal nicht endgültig heruntergeholt werden sollte. Selbst angenommen, daß die Sozialdemokraten einige hundert Stimmen in Reserve haben, angenommen ferner, daß die paar hundert Zentrumswähler der von der „Sächsischen Volkszeitung" ausgegebenen Parole folgen und sich für den Sozialdemokraten ins Zeug legen, so zählt das immer nur dreistellig; es geht nicht in die Tausende. Dagegen zählen diejenigen Stimmen, die der Wahlausschuß für die ehemalige Kandidatur Unrasch, die die konservative und die Mittelstandspartei Dr. Heinze heute mit aller Energie zutreiben werden, nach Tausenden. Und Tausende von Reservemannen können die Sozialdemokraten in Dresden-Altstadt nicht aufbringen. Dazu lassen sich die Verhältnisse hier zu gut übersehen. Der Wahlapparat wird ungefähr den gleichen Charakter tragen wie bei der Hauptwahl. Der nationale Ausschuß zählt wieder auf die Hilfe der Studentenschaft, die sich damals als sehr wertvoll erwies, aber für den Schlepperdienst mit den Droschken sollen ältere Leute, und zwar Leute mit Körperkräften verwandt werden, um zu verhindern, daß wieder sozialdemokratische Agitatoren durch Aufspringen auf den Kutscherbock sich billiges Fortkommen auf Kosten der Nationalen verschaffen. Der nationale Ausschuß wird naturgemäß auch mehr leisten wie bei der Hauptwahl, da er sich mit seinen reichen Mitteln auf den einen Stadtkreis konzentrieren kann. Auch die zum Teil vorzügliche Organisation der Konservativen, der Reformer und der Mittelstandspartei wird zur Unterstützung des nationalliberalen Reichsvereins auf dem Schlachtfelde sein, so daß auf seiten der bürgerlichen Parteien mit der Ueberzeugung in den Entscheidungskampf gegangen wird, daß alles wohl vorbereitet ist.

* **Ein Wahl-Kuriosum.** In Dittersdorf wurde, nachdem ein großer Teil der Einwohner der Wahlpflicht bereits genügt hatte, gegen ½2 Uhr nachmittags festgestellt, daß die Wahlbesitzer nicht verpflichtet worden seien. Sofort wurden die abgegebenen Stimmzettel verbrannt, der Wahlakt für ungültig erklärt, die Beisitzer vereidigt, und dann ging die Wahl von neuem los, nachdem die sämtlichen Wahlberechtigten aufgefordert worden waren, noch einmal zu stimmen. Von 85 Wählern hatten 80 gewählt. — Die Wahl in diesem Bauerndorf ist natürlich ungültig. Es darf doch nicht an einem Tage zweimal gewählt werden!

Schwerin. (Endgültiges Resultat.) Gewählt wurde bei der Stichwahl am 2. d. M. im Wahlkreise 3 Mecklenburg-Schwerin Dr. Pachnicke (Freis. Vgg.) mit 10 301 Stimmen. Dr. Dade (kons.) erhielt 8676 Stimmen. Dr. Pachnicke hat den Kreis bisher vertreten.

Die Stimmenzahlen der Hauptwahl.

Eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse vom 25. Januar im Vergleich zu den Ergebnissen der Wahlen des Jahres 1903 ergibt, nach der „Nordd. Allg. Ztg.", folgendes Gesamtbild, das jedoch durch die endgültigen Feststellungen noch einige Korrekturen erfahren wird. So ist z. B. die Zahl der Wahlberechtigten (1907) nicht genau festgestellt:

	1907	1903	Zunahme und Abnahme
Anzahl der Wahlberechtigten	13 193 571	12 531 248	+ 662 323
Abgegebene gültige Stimmen			
a) in Prozenten der Wahlberechtigten	85,4	75,8	
b) überhaupt	11 262 574	9 495 587	+ 1 766 987

Auf die einzelnen Parteien verteilen sich die Stimmen wie folgt:

Deutsch-Kons.	1 070 658	948 448	+ 122 210
Reichspartei	447 808	333 404	+ 133 904
Nationalliberale	1 654 738	1 313 051	+ 341 687
Freis. Vereinigung	343 362	243 230	+ 100 139
Freis. Volkspartei	734 582	542 556	+ 192 026
Deutsche Volkspartei	147 933	91 217	+ 56 716
*) Deutsche Reformpartei	94 850	244 543	+ 204 266
*) Wirtsch. Vereinigung	358 959		
Bayr. Bauernbund	78 121	111 375	— 33 254
Zentrum	2 183 381	1 875 292	+ 308 089
Polen	453 774	347 784	+ 105 990
Sozialdemokraten	3 258 968	3 010 771	+ 248 197
*) Welfen, Dänen, Elsässer	172 078	?	
*) Andere Parteien	960 513	?	
Zersplittert	8 342	11 884	— 3 542

Bei den mit *) bezeichneten Parteien sind die vorliegenden Ziffern im einzelnen nicht vergleichbar. Insgesamt erhielten diese Parteien

1907: 881 400 Stimmen
1903: 666 575 „
Zunahme: 214 825 Stimmen

Beim Süddeutschen Bauernbund ist zu bemerken, daß die Abnahme der Stimmen nur eine scheinbare ist, da ein Teil der für diese Partei abgegebenen Stimmen bei der Wirtschaftlichen Vereinigung erscheint.

Deutsches Reich.

Leipzig, 5. Februar.

* **Die Majestätsbeleidigungen in Württemberg.** Wie der „Staatsanzeiger" in Stuttgart meldet, hat der König unter Wiederholung einer früheren Ermächtigung aus neuerlichem Anlaß dem Justizministerium seine Willensmeinung kundgetan, daß von der Befugnis des Ministeriums zur Niederschlagung des Verfahrens wegen Majestätsbeleidigung tunlichst ein weitgehender Gebrauch gemacht werden solle, wenn die Tat mehr dem Charakter einer nicht überlegten Ungebühr als den eines aus schlimmer Absicht entsprungenen Angriffes an sich trägt.

* **Präsident Dr. Boediker †.** Der schon in der letzten Auflage unseres Blattes kurz gemeldete Tod Dr. Boediker's, des früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, ruft die Erinnerung wach an die umsichtige Leitung, die der Verstorbene allezeit an der Spitze des großen Versicherungswerkes gezeigt hat. Als er 1897 aus seiner erfolgreichen Tätigkeit schied, folgte ihm die Anerkennung und der Dank weiter sozialpolitisch interessierter Kreise, und dieser erneuert sich jetzt an der Bahre des Verstorbenen. Er wurde 1843 zu Haselünne in Hannover geboren. Nach Beendigung seiner Studien war er zunächst im hannoverschen Justizdienst beschäftigt, trat aber 1869 zur Regierung über und verwaltete die Landratsämter in Schlochau und Itzehoe. Von 1871—1873 arbeitete er im Ministerium des Innern in Berlin. Nachdem er Landrat des Kreises Gladbach gewesen war, erfolgte 1881 seine Berufung als vortragender Rat in das Reichsamt des Innern. Als solcher hatte er die Gesetze über Arbeiterversicherung im Reichstag zu vertreten. Im Jahre 1884 wurde er Präsident des Reichsversicherungsamtes. Infolge seiner großen Verdienste ernannten ihn die Universitäten zu Leipzig, Breslau und Göttingen zum Ehrendoktor. Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Staatssekretär von Bötticher veranlaßten ihn, 1897 aus dem Reichsdienst zu scheiden. Er trat als Generaldirektor bei der Firma Siemens & Halske ein, deren Aufsichtsrat er seit 1903 angehörte.

Gestorben. Der preußische „Staatsanzeiger" meldet: Der Geheime Regierungsrat Dr. Boettinger in Elberfeld, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, ist in den erblichen Adelsstand erhoben worden.

* **Die Sozialpolitik im neuen Reichstag.** Der kommende Reichstag wird besonders auf dem Gebiete der sozialen Reformgesetzgebung eine reiche Tätigkeit zu entfalten haben. So steht neben der Vereinheitlichung der drei bestehenden Arbeiterversicherungen auch noch die Einführung der Hinterbliebenen- und der Arbeitslosenversicherung auf seiner Tagesordnung, ferner die Forderung nach Ausgestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Erteilung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, der Einrichtung von Arbeitskammern, der Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts, vielleicht auch die Frage der Tarifverträge, über die das Kaiserliche statistische Amt vor kurzem erst eine umfangreiche systematische Darstellung in fünf Bänden veröffentlicht hat; auch die Frage des Maximalarbeitstages ist spruchreif, nachdem sie zuletzt auf der 17. Tagung des evangelisch-sozialen Kongresses in Jena im Herbst 1906 nach einem grundlegenden Bericht von Prof. Dr. Harms eingehende Behandlung gefunden hat. Daß mit der Nennung dieser Gegenstände das sozialpolitische Programm des Reichstags noch nicht erschöpft ist, sei nur nebenbei bemerkt. Der neuen Vertretung des deutschen Volks erwächst also mit der großen Aufgabe eine große Verantwortung und die Pflicht, die großen Hoffnungen, die von Millionen auf sie gesetzt worden, nicht zu enttäuschen, um so mehr, als die Regierung nach dem kaiserlichen Erlaß zum 25jährigen Gedenktag der Botschaft Wilhelms I. und nach der Antwort des Reichskanzlers auf die Anfrage der „Offenbacher Zeitung" eine kraftvolle Fortführung der sozialen Gesetzgebung zu betätigen gewillt ist. Die Verantwortung, die den bürgerlichen Parteien zufällt, ist nach der unerwarteten Niederlage der Sozialdemokratie noch gewachsen, denn in dieser haben viele trotz aller Unfruchtbarkeit ihrer Politik auch in sozialen Dingen immer noch wenigstens das böse Gewissen gesehen, das die andern Parteien vorwärts trieb. Diese Auffassung von der fördernden Wirkung der Sozialdemokratie ist natürlich willkürlich, denn wir sind überzeugt, daß auch ohne Bebel und Genossen die Sozialpolitik ihren Weitergang genommen hätte, da unser ganzes öffentliches Leben viel zu stark mit sozialpolitischen Ideen durchsetzt ist, als daß es auf diesem Wege noch ein Halt oder gar ein Rückwärts geben könnte. Den bürgerlichen Parteien aber ist jetzt nach dem unerwarteten Ausgang der Reichstagswahlen die schönste Gelegenheit gegeben, zu beweisen, daß es der Sozialdemokratie gar nicht bedarf, um dem zur Geltung zu verhelfen, was auf sozialpolitischem Gebiet als die Forderung des Tages erkannt ist.

* **Sozialpolitischer Unterricht beim Militär.** Gegen eine Art von sozialpolitischem Unterricht an die Mannschaften des aktiven Dienststandes, wie er zuerst beim 18. Armeekorps (Frankfurt a. M.) gehandhabt wurde, richtet sich, einer Meldung der „Mil.-Pol. Korrespondenz" zufolge, eine Verfügung der Heeresverwaltung. Es wird bekannt gegeben, daß der Kaiser, dessen Genehmigung seinerzeit nicht eingeholt worden war, solche sozialpolitischen Besprechungen durch die Offiziere nicht wünsche. Einige andere Armeekorps hatten ebenfalls, unter Zugrundelegung einer vom 18. Armeekorps herausgegebenen gedruckten Anleitung, gelegentliche sozialpolitische Erörterungen der Offiziere mit den Mannschaften angeregt. Durch die vom preußischen Kriegsministerium mitgeteilte kaiserliche Willensmeinung ist über diese militärischen Versuche Klarheit geschaffen und die Notwendigkeit verneint worden, den einzelnen Mann während seiner Dienstzeit über die sozialreformatorische Gesetzgebung in Deutschland zu belehren. — Sehr vernünftig! Solche „Instruktions-Stunden" verbieten sich schon durch die mangelhaften sozialpolitischen Kenntnisse der Unterrichtenden, welche für zielbewußte Rekruten leicht eine Gelegenheit zu heimlichem Spott über die Vorgesetzten bieten könnten. Sie verbieten sich aber auch aus tausend anderen Gründen.

* **Das Problem einer wirksamen Stellenlosenversicherung** beschäftigt die Sozialpolitiker fortgesetzt. Für die Handlungsgehilfen ist jedoch die Möglichkeit längst gegeben, sich für den Fall der Stellenlosigkeit Unterstützung zu sichern. Das „Reichsarbeitsblatt" bringt in seinem neuesten Heft die Zusammenstellung der Leistungen der einzelnen Verbände im 4. Vierteljahr, und damit ist die Zusammenstellung für das ganze Jahr 1906 möglich. Allerdings werden im „Reichsarbeitsblatt" nur die Zahlen der Vereine veröffentlicht, bei denen die Mitglieder einen Anspruch auf die Stellenlosenunterstützung nach festen Sätzen haben, wo also allein von einer Stellenlosenversicherung gesprochen werden kann. Insgesamt sind es drei Handlungsgehilfenvereine und ein Verein für Handlungsgehilfinnen, die den Anforderungen entsprechen. Die älteste Organisation, die eine Stellenlosenversicherung für Handlungsgehilfen besitzt, ist der Verein der Deutschen Kaufleute (Berlin). Aus diesem Grunde, und da die Leistungen dieses Vereins in jedem Vierteljahr das Fünffache betragen als bei allen anderen berichtenden Vereinen zusammen, ist hier die Probe auf das Exempel am besten zu sehen. Der Verein der Deutschen Kaufleute zahlte 1906 30 112,50 ℳ an Stellenlosenunterstützung bei 18 623 Mitgliedern. Bisher zahlt der Verein der Deutschen Kaufleute 246 520 ℳ an Unterstützungen. Besonders groß waren die Unterstützungen in den letzten fünf Jahren, 1902: 28 119,56 ℳ, 1903: 32 188,96 ℳ, 1904: 29 796,15 ℳ, 1905: 32 545,70 ℳ, 1906: 30 112,50 ℳ. Da die Stellenlosenunterstützung beim Verein der Deutschen Kaufleute schon seit 1885 besteht mit der Maßgabe, daß die Mitglieder Anspruch auf Unterstützung haben, ohne daß etwa eine Notlage vorhanden sein muß, so wird die Tatsache, daß die Kasse bisher niemals durch Wirtschaftskrisen erschüttert wurde, als Beweis gelten dürfen, daß die Handlungsgehilfen nicht auf die staatliche Regelung zu warten brauchen. Gegenwärtig beträgt der Bestand der Kasse für Stellenlosenunterstützung 125 000 ℳ; bei einem Mitgliederbestande von 18 623 gewiß ein befriedigender Stand. Wie man bei Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen die Einrichtungen des Vereins der Deutschen Kaufleute zu würdigen weiß, beweist das Wachsen der Mitgliederzahl im Jahre 1906 von 14 614 auf 18 623.

sk. **Vom weimarischen Landtage.** Zum in Kürze zusammentretenden Landtage des Großherzogtums wird der über 1000 Mitglieder zählende Weimarische Landeslehrerverein eine Petition zugehen lassen, in der gebeten wird, das Grundgehalt für fest angestellte Lehrer auf 1500 ℳ und das Endgehalt auf 3000 ℳ festzusetzen, die Alterszulagen nach kürzeren Zeiträumen zu bewilligen und das Wohnungsgeld auf 500 ℳ zu erhöhen. Ferner wird sich der Landtag mit einer Vorlage betr. die Einführung verschärfter Bestimmungen für die Sonntagsheiligung zu befassen haben. In Zukunft sollen Wirte an Sonn- und Feiertagen an Gäste, die vor ihren Lokalen auf dem Trottoir resp. in den Vorgärten sitzen, vor 12 Uhr mittags keine Speisen und Getränke verabfolgen dürfen. Ebenso darf in den Gasträumen bis 12 Uhr mittags kein Verkehr stattfinden, der nach außen dringendes Geräusch verursacht. Darunter würde z. B. das Billardspiel, Kegeln usw. fallen.

* **Bergarbeiterkongreß.** Der nächste Bergarbeiterkongreß wird am 5. Mai und folgenden Tagen in Bochum abgehalten werden. Man legt diesem Kongreß große Bedeutung bei. Denn er wird zweifellos für die weitere Entwickelung der Bergarbeiterbewegung entscheidend sein. In Bochum wird sich zeigen müssen, ob wir vor großen Lohnbewegungen stehen oder nicht. Das entsetzliche Unglück auf der Grube Reden wird den Kongreß lebhaft beschäftigen. Hué, der ehemalige Reichstagsabgeordnete, wird über die Sicherheit und Inspektion der Gruben sprechen. Der ehemalige Kaiserdelegierte L. Schröder wird über die internationale Bergarbeiterbewegung referieren. Sie soll in der letzten Zeit sehr vorwärts geschritten sein, speziell soll die Beziehung nach Amerika sehr eng geworden sein. Eine große Tätigkeit wird der Verband demnächst entwickeln, um die Beigeleute in den Braunkohlenrevieren und Kaliberawerken fester zu organisieren. Zu diesem Zweck hat er in Bernburg ein Rechtsschutz- und Bezirksbureau errichtet.

* **Streik Münchner Kohlenarbeiter.** Wie die Münchner Abendblätter melden, sind heute früh 740 Kohlenarbeiter bei den dortigen Kohlengeschäften in den Ausstand getreten, da der Industriellenverband sich weigerte, den erhöhten Lohn zu bezahlen.

* **Verbot eines sozialdemokratischen Vereins.** Der zu Anfang des Winters in Rudolstadt gegründete sozialdemokratische Wahlverein wurde vom Landrat auf Grund des Artikels 2 des Vereinsgesetzes vom 23. Dezember 1898 verboten.

Deutsche Kolonien.

* **Dernburg über das koloniale Tauschprojekt.** Nach Schluß der Dernburg-Versammlung in Frankfurt a. M. wurde, wie uns ein Privattelegramm meldet, Dernburg darüber befragt, wie er sich zu dem geplanten Abkommen stelle, ein Stück von Deutsch-Ostafrika gegen die Walfischbai einzutauschen. Dernburg erwiderte hierauf wörtlich: „Aber das fällt mir ja gar nicht ein, meine Herren. Was denken Sie denn von mir!"

* **Landrat von Usler,** dessen Urlaub verlängert worden ist, hat, den „Hamb. Nachr." zufolge, seit einiger Zeit seine Tätigkeit als Quellenfinder in den Süden der südwestafrikanischen Kolonie verlegt. Auf seine Angaben hin ist bei dem bisher vollständig wasserlosen Kubub eine starke Quelle erschlossen worden, was zur Verlängerung des Herrn von Usler erteilten Regierungsauftrages geführt hat. Im Norden des Schutzgebietes sind durch seine Vermittlung nach amtlicher Auskunft 27 Quellen gefunden worden.

* **Bernstein für die Kolonien!** „Hottentottenblock" schimpft der „Vorwärts" und andere sozialdemokratische Organe die bürgerlichen Parteien, welche die nationale Notwendigkeit einer zielbewußten Kolonialpolitik vertreten. Wie viele der „Genossen" mögen wohl innerlich und nach ihrer ehrlichen Ueberzeugung zu diesem „Hottentottenblock" gehören? Der führende Genosse Bernstein jedenfalls. Er erklärt sich in seinem Buche: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie", wenn auch noch schüchtern, so doch unbedingt für die Notwendigkeit eigener deutscher Kolonien. Er sagt da u. a.: „Aber auch die Zukunft hat an uns ihre Rechte. Wenn wir berücksichtigen, daß Deutschland zurzeit jährlich ganz erhebliche Mengen Kolonialprodukte einführt, so müssen wir uns auch sagen, daß einmal die Zeit kommen kann, wo es wünschenswert sein mag, mindestens einen Teil dieser Produkte aus eigenen Kolonien beziehen zu können. — — — Wenn es aber nicht verwerflich ist, die Produkte tropischer Pflanzen zu genießen, so kann es auch nicht verwerflich sein, solche Pflanzungen selbst zu bewirtschaften. Nicht das Ob, sondern das Wie ist die Hauptsache. Es ist weder nötig, daß Besetzung tropischer Länder durch Europäer den Eingeborenen Schaden an ihrem Lebensgenuß bringt, noch ist es selbst bisher durchgängig der Fall gewesen. Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Weißen auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht." Wie man sieht, würde auch Genosse Bernstein einem Kampfe mit den Eingeborenen der Kolonien nicht ausweichen. Wenn er solche Anschauungen aber jetzt während des Wahlkampfes vorgetragen hätte, würde er sicherlich „hinausgeflogen" sein.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Polnischer Aberwitz.** Im Lemberger Rathause fand eine Versammlung statt, der der Bürgermeister und die Vizebürgermeister von Lemberg, zahlreiche Gemeinderäte, Abgeordnete und Universitätsprofessoren beiwohnten. Nach einer lebhaften Debatte über die Lage der preußischen Polen wurde eine Resolution angenommen, in der die Boykottierung der preußischen Waren und der deutschen Sprache in der Handelskorrespondenz und die Auflösung der deutschen Privatschulen in Lemberg sowie in ganz Galizien beschlossen wurde. Ferner wurde beschlossen, gegen den Fortbestand des Dreibundes Protest einzulegen. Das wird nun freilich nicht von den Lembergern abhängen.

* **Der deutschfortschrittliche Parteitag.** Ausführlicher wird weiter über den Verlauf des Brünner Tages gemeldet: Der Vorsitzende, Bürgermeister Wiesler, betonte in seiner Begrüßungsansprache, die nächste Wahlparole müsse sein: „eine einzige große deutsche Partei im neuen Parlament". Abgeordneter Groß trat ebenfalls dafür ein und erklärte, die drei Vertreter der deutschfreiheitlichen Parteien, welche dem gegenwärtigen Kabinett angehören, könnten nur dann Einfluß haben, wenn sie von den deutschfreiheitlichen Parteien unterstützt würden. Die bürgerlichen Parteien nützten gegen die Sozialdemokraten geschlossen vorgehen wie in Deutschland. Schließlich wurde nahezu einstimmig ein Wahlaufruf angenommen, in dem der Zusammenschluß der deutschfreiheitlichen Parteien zu einer einheitlich geleiteten Partei als erstes Erfordernis bezeichnet wird. Der Wahlaufruf betont weiter, die Partei werde auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung für eine gesunde Mittelstandspolitik eintreten, eine wirtschaftliche Trennung von Ungarn einem ungünstigen Ausgleich vorziehen und als oberstes Gebot das Wohl des deutschen Volkes in Oesterreich betrachten.

* **Der Wahlkampf.** Aus Wien wird uns von unserem F.-Korrespondenten geschrieben: Heute ist im Amtsblatt die sanktionierte Wahlreform publiziert worden und zugleich die Auflösung des alten Kurienparlamentes. Eine neue Aera des politischen, des Verfassungslebens in Oesterreich beginnt, und unwillkürlich erinnert man sich des Wortes Altmeister Goethes nach der Schlacht bei Valmy: „Hier und heute beginnt eine neue Epoche, und wir können sagen, daß wir dabei waren." Welche Folgen das allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes sich auch einstellen mögen, eins ist gewiß: das politische Leben in Oesterreich ist aus seinem Dornröschenschlaf aufgeweckt; es geht ein kräftigerer, energischerer Zug durch das öffentliche Getriebe. Der Wahlkampf hat bereits eingesetzt. Die deutschen Parteien suchen Zublung zu einer Konzentration zu nehmen; in den Wahlaufrufen der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei wird dafür plädiert, daß im neuen Volkshause eine große deutsche Partei erstehen möge. Das heißt, daß wenigstens in nationalen Fragen alle deutschen Parteien eines Sinnes und einer Taktik und einer Machtentfaltung wären. Eine richtige Parole ist dies zweifellos. Wird es aber gelingen, die christlich-soziale Partei im entscheidenden Moment dafür zu gewinnen und das katholische Zentrum, von denen die erste Partei im neuen Parlamente eine stattliche Position beziehen wird, wobei überdies konfessionelle Momente und die agrarische Frage eine starke Rolle bei der Konstellation und bei der Gruppierung der Parteien spielen werden? Auch die tschechischen Parteien bemühen sich um eine Konzentration. Die Jungtschechen besorgen mit Recht schwere Mandatverluste durch den Ansturm der tschechischen Agrarier und der tschechischen Radikalen und suchen sich „auf gütlichem Wege" mit den Drängern, die ihnen bereits kräftig auf die Fersen treten, auseinanderzusetzen. Siegesfroh ziehen die Slowenen in den Wahlkampf. Was die Polen anlangt? Sie haben sich mit den Ruthenen auseinanderzusetzen; die Wahlkreiseinteilung dämmt den Kampf ein, und Galizien ist bekanntlich stets ein eigenes Kapitel in der Wahlgeschichte Zisleithaniens. Mit gedrückten Empfindungen ziehen die Sozialdemokraten in den Wahlkampf; der 25. Januar in Deutschland liegt ihnen denn doch in den Gliedern. Alles in allem genommen: besonders starke freiheitliche Farben werden das neue Parlament nicht auszeichnen. Ein Zug nach rechts markiert die politische Strömung. Im Zeichen des Agrarierturns wird das erste Volkshaus, aus den Neuwahlen hervorgegangen, stehen. Es sei denn, daß sich das alte Wort bewahrheitet: Oesterreich ist das Land der Unwahrscheinlichkeiten. Interessant wird das Wahlturnier in jedem Falle sein. Man drängt sich doch wieder in die Oeffentlichkeit, nachdem bezeichnenderweise manche gute Köpfe sich dem politischen Leben ferngehalten haben, abgestoßen durch dessen Unfruchtbarkeit und auch anderseits durch den wüsten, öden Lärm, der auf Markt und Straßen herrschte. Ein charakteristischer Beleg liegt in dem Umstande, daß zahlreiche Mitglieder der Großgrundbesitzerkurie, die nun aus der Wahlwelt gestrichen wurde, sich entschlossen haben, sich ohne Privilegium um ein Mandat zu bewerben. Auffallend ist, daß in den bisher produzierten Programmen und Wahlaufrufen Ungarn, die ungarische Frage kaum gestreift wird, obwohl die Neuordnung der wirtschaftlichen und vielleicht sogar auch der politischen Beziehungen der beiden Reichshälften die erste und oberste Aufgabe der neuen Session sein wird. Erfassen die österreichischen Wähler und dann die österreichischen Abgeordneten richtig und scharf die Situation, dann können für Oesterreich bessere Zeiten hereinbrechen; der psychologische Moment ist günstig, nachdem in Ungarn die Koalitionsregierung durch die Polony-Affäre schwer betroffen ist. Wenn das Ministerium Beck, das heute eine Art Wahlmanifest erlassen hat, in seinem „Worte an die Wähler" sich gleichfalls über dieses aktuelle Thema ausschweigt, so hat dies eine plausible Entschuldigung: es führt jetzt die Verhandlungen über den Ausgleich mit der ungarischen Regierung und ist zur Zurückhaltung des Negozianten verpflichtet. Es dürfte aber nicht lange währen, und dann wird — wohl noch vor dem Wahltage — die Wahrheit bekannt werden und den letzten entscheidenden Stoß der Wahlbewegung geben.

* **Die böhmische Beamtenfrage.** Unmittelbar vor Schluß des österreichischen Abgeordnetenhauses überreichten die deutschen Abgeordneten aus Böhmen der Regierung eine gemeinsame Beschwerde über das bei der Besetzung der böhmischen Beamtenstellen herrschende System der Tschechisierung von Amts wegen. Die deutschen Abgeordneten wiesen darauf hin, daß seit der Parlamentarisierung des Kabinetts der Einfluß der deutschen Minister nicht ausreiche, um die Zurückdrängung des deutschen Beamtenelements bei den staatlichen Behörden in Böhmen und den Zentralstellen zu verhindern. Dies habe in den weitesten Kreisen der deutschen Bevölkerung Böhmens lebhafte Erbitterung hervorgerufen. Von allen Seiten laufen Beschwerden über die Bevorzugung tschechischer Bewerber ein; das numerische Verhältnis zwischen den tschechischen und deutschen Staatsangestellten verschiebe sich immer mehr zuungunsten der Deutschen. In Verbindung damit stehe die fortgesetzte Einengung des Geltungsgebietes der deutschen Sprache als ausschließlich berechtigter innerer Verkehrssprache, somit die Einführung der tschechischen Amtssprache via facti. Insbesondere sei die öffentliche Meinung Deutschböhmens erregt über die Tatsache, daß diese Tschechisierungstendenzen ihren Ausgang aus den Kabinetten der tschechischen Minister nehmen, die hierin von den tschechischen Beamten aller Verwaltungszweige planmäßig unterstützt werden. Diese einseitige, parteiische Amtsführung stehe in schroffem Gegensatze zu der strengen Objektivität der deutschen Minister bei Ernennungen und Beförderungen. Die Abgeordneten Deutschböhmens stellten daher die Anfrage, ob die Regierung bereit sei, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit alle im deutschen Sprachgebiete befindlichen, derzeit von tschechischen Beamten besetzten Stellen in Zukunft Beamten deutscher Nationalität verliehen werden, und damit bei den Landesbehörden die Besetzung der Beamtenstellen in dem Verhältnis erfolge, das dem Stärkeverhältnis der beiden Nationalitäten Böhmens nach Kopfzahl und Steuerleistung entspricht.

Frankreich.

* **Fürst Radolin bei König Eduard.** König Eduard von England, der mit Gemahlin seit Sonnabend im strengsten Inkognito in Paris weilt, empfing gestern vormittag den deutschen Botschafter, Fürsten Radolin, in durchaus privater Form in Erinnerung an dessen alte Beziehungen zur englischen Königsfamilie. Der König behielt Radolin in dreiviertelstündiger, sehr herzlicher Unterhaltung bei sich.

* **Eine französische Militärtragödie.** Der Pariser Schriftsteller Jacques Dhur hat es sich seit der Affäre Dreyfus zum Ziel gesetzt, unschuldig Verurteilte, sowie brutale Strafvollzugsmethoden ausfindig zu machen und die Resultate seiner Nachforschungen zu veröffentlichen. Dhur hat schon zahlreiche Erfolge im Mutterlande sowohl, wie in den Kolonien zu verzeichnen gehabt. Neuerdings hat er sich den Auswüchsen der Militärgerichtsbarkeit, insbesondere dem barbarischen Strafsystem der Fremdenlegion in Algier zugewendet. Der Kriegsminister Picquart ist auf alle diese Enthüllungen sofort eingegangen und befestigt unnachsichtlich die aufgedeckten Schäden. Als neuesten Fall veröffentlicht Dhur jetzt folgende Tragödie: Der Strafsoldat Marc Pinel ist im September 1906 wegen Tätlichkeiten gegen den Kaiserlichen Sergeant Jribarne zu 20 Jahren Zwangsarbeit im Bagno und 20 Jahren Einschließung verurteilt worden. Die Verhandlung ergab gewisse verdächtige Momente, die Dhur veranlaßten, nach Algier zu reisen und der Vorgeschichte des Falles nachzuforschen. Dies war das Resultat seiner Erhebungen: Marc Pinel war wegen eines militärischen Vergehens seit 2 Monaten Strafsoldat in der dritten Disziplinar-Kompagnie der Füsiliere in Beni Oumif (Algier). Da betam er eines Tages bei seiner Arbeit (beim Aufschütten der Chaussee nach Fipig) Streit mit dem Sergeanten Pingot, weil er diesem nicht rasch genug die schwere mit Steinen beladene Karre schob. Er erhielt wegen Gehorsamsverweigerung 8 Tage Arrest und wurde abgeführt. Im Arrestlokal übernahm ihn der Sergeant Jribarne, ein gefürchteter Soldatenschinder. Ohne ein Wort zu sagen, führte Jribarne sofort vier heftige Schläge mit einer Latte gegen den Kopf und Rücken des Unglücklichen. Pinel drehte sich wütend vor Schmerz um und warf sich auf seinen Peiniger, den er zu Boden schleuderte und mit den Fäusten bearbeitete. Ein arabischer Sergeant kam herzu und befreite Jribarne. Nun stürzten sich beide Unteroffiziere auf Pinel, schlugen ihn halbtot, drückten ihm mehrere Rippen ein, steckten ihn in einen Teich und hielten ihm den Kopf unter Wasser, bis er fast erstickt war. Endlich zogen sie ihn heraus, warfen ihn auf den Boden der Zelle und ließen ihn zwei Tage hilflos liegen. Nach einiger Zeit sahen sie wieder nach dem Unglücklichen und schafften ihn zu Bette. Dabei drohten sie ihm mit neuen Martern, ja mit Ertränken im Teich. Sie würden ihn dann als Selbstmörder ausorben, wie sie es schon mit manchem seiner Vorgänger gemacht hätten. Unter dem Eindruck dieser Drohungen unterzeichnete der Schwerkranke ein Protokoll, daß er beabsichtigt hätte, den Sergeanten Jribarne zu ermorden und daß ihm ein Dolchmesser abgenommen sei. Dann erst holten sie einen Arzt. Nach sechswöchigem Krankenlager kam Pinel vor das Kriegsgericht in Sidi und wurde trotz der für den Angeklagten günstigen Aussage des Militär-Arztes auf Grund der Aussagen der beiden Sergeanten und des Inhalts des erpreßten Protokolls zu 20 Jahren Zwangsarbeit und weiteren 20 Jahren Einschließung verurteilt. Jacques Dhur hat an Ort und Stelle erdrückendes Beweismaterial gegen Jribarne gesammelt und fordert nun in flammenden Worten den Kriegsminister auf, Gerechtigkeit zu schaffen.